

Bayerns Schönheit und Zukunft durch integrierten Natur- und Umweltschutz sichern

Der Bund Naturschutz setzt sich mit seinen über 171.000 Mitgliedern und Förderern für die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen in Bayern ein. Die Verbesserung der Lebens- und Gesundheitsqualität in allen Regionen ist eine Grundbedingung für zukunftsfähiges Wirtschaften und krisensichere Arbeitsplätze. Dies bedeutet neben dem Aufbauen auf bewährten Grundlagen und Programmen des Freistaates in vielen Bereichen einen grundlegenden Richtungswechsel in der bayerischen Umwelt- und Wirtschaftspolitik.

Es geht dabei wie bei den öffentlichen Finanzen um Generationengerechtigkeit, um Sicherheit, um ethische Verantwortung und wie es der ehemalige Umweltminister und UNO-Umweltchef Klaus Töpfer gesagt hat, die „ökologische Aggression gegenüber den „Ärmsten der Armen“ auf dieser Erde zu beenden. Integrierter Natur- und Umweltschutz ist damit die Basis sozialer und wirtschaftlicher Entwicklungen. Es gibt kein so genanntes Zieldreieck der Nachhaltigkeit ohne die Basis der Ökologie. Bayern braucht ein Qualitäts- und Vielfalts-Wachstum, das heißt beispielsweise

- ◆ Wachstum in der Verringerung des Energieverbrauchs durch Vorrang der Schiene oder des ÖPNV vor der Straße und dem Flugverkehr,
- ◆ Wachstum in der Revitalisierung der Landschaft,
- ◆ Wachstum in der Regionalentwicklung,
- ◆ Wachstum im Ökologischen Landbau und Wachstum in der Biodiversität.

Im Artikel 141 der Bayerischen Verfassung heißt es: „Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist, auch eingedenk der Verantwortung für die kommenden Generationen, der besonderen Fürsorge jedes einzelnen und der staatlichen Gemeinschaft anvertraut.“

Bayern hat als bedeutendes Industrieland eine besondere Verantwortung für den Klimaschutz, für eine gerechte Verteilung der Güter dieser Erde und bei der Suche nach Auswegen aus dem vermeintlichen Sachzwang, Umweltzerstörung oder Arbeitslosigkeit. Es ist die gemeinsame Aufgabe von Politik und Verbänden sowie der Gesellschaft, gerade jungen Menschen Perspektiven aufzuzeigen. Zum Beispiel wie mit einer CO₂-Reduzierung um 50 Prozent bis zum Jahr 2025 in Bayern und Deutschland dem Klimawandel durch Einsatz intelligenter, vorhandener Energieeffizienztechnik, Wärmedämmung, durch eine insgesamt Ressourcen schonendere Energie-, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik aber auch durch Verzicht z.B. auf Billigflüge oder Billigfleisch begegnet werden kann.

Der Bund Naturschutz erkennt an, dass in vielen Bereichen sei es beim Aufbau eines Biotopverbundsystems, der Förderung des ökologischen Landbaus oder einer Stärkung der naturnahen Waldwirtschaft in der Vergangenheit Fortschritte erzielt wurden.

Wir sehen ebenso die Notwendigkeit, bürgerschaftliches Engagement zu aktivieren, da der Staat diese ehrenamtlichen Leistungen in vielen Bereichen nicht erbringen könnte. In seiner fast 95jährigen Geschichte war der Bund Naturschutz immer dem Gemeinwohl verpflichtet und ist auch bereit, in Zukunft als Teil der Bürgergesellschaft, mit hunderttausenden ehrenamtlich geleisteter Stunden zur Erfüllung des Verfassungsauftrages zum Schutz von Natur und Umwelt beizutragen.

Der Bund Naturschutz bittet um neue Weichenstellungen der Staatsregierung.

Dabei stehen für uns folgende Kernbereiche im Vordergrund:

Kein Abbau sondern Stärkung der das Gemeinwohl schützenden Verwaltung

Ziel einer Verwaltungsreform und Haushaltskonsolidierung darf nicht der weitere Abbau, sondern die Stärkung der das Gemeinwohl schützenden Verwaltung sein. Mit der Herauslösung der Landes- und

Regionalplanung aus der Verantwortung des Umwelt- und Verbraucherschutzministeriums wurde leider eine negative Weichenstellung vorgenommen. Umweltskandale bis in die jüngste Vergangenheit, deren Kosten die Allgemeinheit tragen musste, haben die Notwendigkeit einer starken und effizienten Fachverwaltung in den Bereichen des Natur- und Umweltschutzes, des Verbraucherschutzes sowie der Forst- und Wasserwirtschaftsverwaltung deutlich gemacht.

So ist es beispielsweise im Bereich der Waldwirtschaft vorrangig notwendig, die durch den Klimawandel vom Absterben bedrohten Fichtenwälder in stabile Mischwälder umzubauen. Auch im Bereich der Wasserwirtschaft rächt sich die Missachtung fachlicher Positionen durch Genehmigungserleichterungen beispielsweise im Bereich der Bebauung von Talauen oder der zunehmenden Versiegelung von Böden. Auch dadurch entstanden erhebliche Belastungen für die öffentlichen Haushalte. Der Abbau und die Schwächung von Regional- und Landesplanung und der staatlichen Verwaltungskontrolle führt zu Folgeschäden, vom Flächenverbrauch zu Lasten intakter Dörfer und Innenstädte über Hochwasserschäden bis hin zur Erleichterung krimineller Handlungen im Abfallbereich oder beim Anschlag auf den Verbraucherschutz wie im jüngsten Fleischskandal.

Klima- und Hochwasserschutz massiv verbessern – den Flüssen wieder naturnahe Auen geben

Bayern muss Vorreiter einer konsequenten Klimaschutzpolitik werden. Die maßlose Energieverschwendung muss gestoppt werden. Dies kann in erster Linie durch eine effiziente Wärmedämmung erreicht werden, wie dies auch durch die Ergebnisse der Enquete-Kommission des bayerischen Landtages dokumentiert und in den Vereinbarungen des Klimaschutzbündnisses zwischen Bund Naturschutz und Staatsregierung gefordert wird.

Hierzu schlägt der Bund Naturschutz ein eigenes bayerisches Förderprogramm mit einer Summe von rd. 100 Mio. € im Doppelhaushalt 2007/08 vor, um jährlich 4% der staatlichen Liegenschaften zu sanieren und damit zu der CO₂-Einsparung zu kommen, die auch vom privaten Hausbesitzer erwartet wird.

Darüber hinaus ist die Förderung und Markteinführung der Effizienztechnik und der Erneuerbaren Energien erheblich zu verstärken. Wenn Bayern die internationalen Verpflichtungen zum Klimaschutz einhalten will, gilt es auch in der Regierungserklärung ehrgeizige und quantifizierte Ziele zu setzen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Die Subventionierung aller nichtregenerativen Energien und der Wasserkraft muss aus ökologischen und ökonomischen Gründen eingestellt werden. Eine Weiterentwicklung der Atomenergie oder der Bau neuer Kohlekraftwerke ist für das Erreichen der Klimaziele nicht vertretbar.

Die Klimaveränderung hat in Verbindung mit falscher Nutzung der Aue und Kanalisierung der Fließgewässer zu einer Verschärfung der Hochwassergefahr geführt. Die Flussauen und Talräume müssen vor dem Hintergrund von Extremniederschlagsereignissen wieder ihre Funktion als natürliche Hochwasserspeicher erhalten. Bei den Investitionen zum Hochwasserschutz muss der ökologische Hochwasserschutz mit einer Reaktivierung von natürlichen Auen durch eine Rückverlegung von Deichen endlich den Vorrang vor technischen Polderlösungen bekommen. Für Straßen, Gewerbegebiete oder Kiesabbau in Talräumen und Überschwemmungsbereichen dürfen keine Flächen mehr zur Verfügung gestellt werden. Das Bauen in Hochwasser gefährdeten Bereichen muss generell verboten werden. Die Versickerungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Böden ist deshalb zu erhöhen und die Schutzfunktion der Wälder zu verbessern.

Bayerns Landschaft, Landwirtschaft und Essen muss gentechnikfrei bleiben

Die Grundrechte von Konsumenten, Bauern, Imkern und Lebensmittelherstellern auf Produktion und Essen ohne Genmanipulation sind in Gefahr, wenn gentechnisch manipulierte Pflanzen in Bayern zum Anbau kommen. Ein Nebeneinander von genmanipulierter Landwirtschaft und gentechnikfreiem Anbau kann es nicht geben. Käme Gentechnik im Anbau zum Einsatz, würde dies das Ende der gentechnikfreien traditionellen Landwirtschaft bedeuten. Die Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbrau-

cher sowie der Landwirte in Bayern und in Europa möchte jedoch auch in Zukunft sicher und gentechnikmanipulationsfrei produzieren und essen.

Erforderlich ist daher der Einsatz der Staatsregierung für ein Moratorium bei der Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen in der EU, für ein gesetzlich garantiertes Selbstbestimmungsrecht der europäischen Staaten, für ein Verbot des Anbaus von genmanipulierten Pflanzen und der Sicherung der gentechnikfreien Regionen, die Kennzeichnungspflicht für Milch, Fleisch, Eier etc. von Tieren, die mit genmanipuliertem Futter ernährt wurden und von Lebensmitteln, die solche Produkte enthalten sowie die Gewährleistung einer Wahlfreiheit für gentechnikfreie Lebensmittel, Futtermittel, nachwachsende Rohstoffe und Saatgut.

Eine bäuerliche, ökologische Landwirtschaft fördern und den Staatswald als „Bürgerwald“ vorbildlich bewirtschaften

Die bayerische Landwirtschaft hat nur eine Chance, wenn sie mit gentechnikfreier und ökologisch orientierter Qualitätsproduktion sich von der Massenproduktion abhebt. Die bayerische Staatsregierung muss auf die Bundes- und EU-Agrarpolitik Einfluss zu nehmen und die eigene Förderung und Beratung danach auszurichten. Vorrangig vor dem Anbau von Energiepflanzen muss dabei die gesicherte und nachhaltige Lebensmittelproduktion erhalten werden. Das ist bis heute nicht der Fall, da z.B. die EU ein Drittel der Futtermittel aus Übersee importiert. Der massiv subventionierte Anbau von Energiepflanzen darf nicht die notwendige Lebensmittelproduktion auf den Äckern verdrängen.

Der bayerischen Kulturlandschaft und den Bauern wird dagegen geholfen, wenn sich Bayern auf Bundesebene für die degressive Umschichtung der Finanzmittel für die Landwirtschaft, die so genannte „Modulation“ einsetzt. Eine Umschichtung von „Säule 1“, der allgemeinen Flächenprämien, in Säule 2 für Programme für die ländliche Entwicklung, könnte bundesweit 300 Mio. € freisetzen. Diese Umschichtung hätte nach dem Konzept des BN für 93 % der bayerischen landwirtschaftlichen Betriebe keine Auswirkungen in der 1.Säule, würde aber alle Fördermöglichkeiten der für die bayerische Kulturlandschaft entscheidenden 2.Säule erhalten und damit zigtausende von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft sichern.

Die Verbesserung beim bayerischen Kulturlandschaftsprogramm zu Gunsten einer kleinstrukturierten Landwirtschaft sowie eine Beratungsoffensive für die Umwandlung von Acker in Grünland in besonders sensiblen Bereichen der bayerischen Talauen gehören hierzu ebenso wie die verstärkte Förderung der Umstellung auf ökologische Lebensmittelerzeugung und -verarbeitung in Bayern. Besondere Hilfe benötigen die bayerischen Milchbauern, welche im Grünland wirtschaften. Dazu sind zusätzliche Fördermittel aus der Modulation einzusetzen beispielsweise für Beweidungsprämien.

Mit Sorge sieht der der Bund Naturschutz in Bayern den zunehmenden Vorrang der kurzfristigen Ökonomie zu Lasten der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit im Bereich des neuen Unternehmens Bayerische Staatsforsten. Der bayerische Staatswald muss auch nach den positiven Zielvorgaben des Waldgesetzes bewirtschaftet werden. Unternehmensziele mit 15 bis 20 Prozent Umsatzrendite sind das Aus für eine dauerhafte, naturnahe Waldwirtschaft und müssen dringend vom Aufsichtsrat und Parlament korrigiert werden.

Heimat erhalten - Flächenverbrauch und Zersiedelung vermeiden

Bayern muss seinen Spitzenplatz beim Flächenverbrauch verlieren. Ansonsten steht das gewachsene Bild bayerischer Kultur- und Siedlungslandschaften auf dem Spiel. Ziel einer deutlichen Umkehr bei der Wohngebietsausweisung und der Gewerbeflächenpolitik muss sein, dass ab 2010 keine neuen Flächen bebaut werden oder in dem Maß des Neubaus an anderer Stelle versiegelte Flächen renaturiert werden. Dies erfordert Vorrang für Flächenrecycling, Nachverdichtung und Umnutzung, Maßnahmen gegen die kommunale Konkurrenz bei Gewerbegebietsausweisungen und ein Ende des Straßenneubaus. Das Landesentwicklungsprogramm muss in der Zielsetzung und den Maßnahmenvorschlägen den Flächenverbrauch mit Zielvorgaben begrenzen und Verpflichtungen zu Flächenrecycling, Umnutzung und Nachverdichtung als Vorgaben für die Regionalplanung aufnehmen. Die Festle-

gung von Vorranggebieten für Siedlungsentwicklung sowie neuen Straßenbauprojekten und Flughafenplanungen ist zu streichen. Die guten Ansätze im „Aktionsprogramm Bayerns ländlicher Raum“ und im „Bündnis zum Flächensparen“ der Staatsregierung sind durch eine Stärkung und Konkretisierung der Regional- und Landesplanung durchzusetzen.

Das bayerische „Netz des Lebens“ zum landesweiten Biotopverbund entwickeln und einen ersten fränkischen Nationalpark im Steigerwald aufbauen

Das bayerische und auch das neue Bundes-Naturschutzgesetz fordern den Aufbau eines landesweiten Biotopverbundsystems, um die Verinselung von Lebensräumen und den Rückgang von Arten aufzuhalten. Auf dem guten Grundstock Bayerns sollte daher weiter aufgebaut werden. Dafür müssen die Naturschutzmittel in Bayern wesentlich erhöht werden. Allein für die Pflege der Staatsstraßen (Bestandserhalt und Unterhalt; jährlich ca. 168 Mio. Euro) wendet der Freistaat bislang 7xmal mehr auf als für die Pflege der wertvollsten Biotope in Bayern. Statt heute jährlich 40 Mio. Euro sind 100 Mio. Euro für den Naturschutz in Bayern durch Umschichtungen aus anderen umweltbelastenden Etats, wie dem Straßenbau, erforderlich. Auch das bayerische Vertragsnaturschutzprogramm und die Mittel des Naturschutzfonds sind hierfür unverzichtbar.

Der Nördliche Steigerwald ist nach Ansicht des BN geradezu prädestiniert als erster fränkischer Nationalpark ausgewiesen zu werden. Auf über 11.000 Hektar befinden sich zwischen Ebrach, Gerolzshofen und Eltmann Buchenwälder überwiegend in einem ökologisch hochwertigen Zustand, Außerdem sind die Wälder fast ausschließlich im Staatsbesitz und weitgehend von Verkehrseinrichtungen unzerschnitten. Ein fränkisches Weltnaturerbe könnte das Weltkulturerbe in der Stadt Bamberg bestens und zum Wohle der Region ergänzen.

Die Naturschönheiten Bayerns und Reste reich gegliederter Kulturlandschaften sind Lebensraum für zahllose Tier- und Pflanzenarten, sind wesentlicher Bestandteil einer spezifisch bayerischen Lebensqualität und zentrale Grundlage für den Fremdenverkehr und Tourismus. Herzstücke dieser Landschaftsqualität sind die für das europäische Biotopverbundsystem „Natura 2000“ ausgewiesenen Landschaftsteile. Die verbesserte Umsetzung dieser europäischen Naturschutz-Richtlinie auch durch eigene Förderprogramme kann wesentlich dazu beitragen, den Rückgang der biologischen Vielfalt aufzuhalten. Einen wesentlichen Beitrag für einen richtungsweisenden Naturschutz in europäischer Dimension kann Bayern durch verstärkte Projekte am „Grünen Band Deutschland“ und „Grünem Band Europa“ (Grenzbereich Bayern / Tschechien) leisten.

Fließgewässer und ihre Auen sind das ökologische Rückgrat unserer Landschaften und natürliche Achsen in einem Biotopverbund. Auen gehören zu den vielfältigsten, artenreichsten aber auch zu den gefährdetsten Lebensräumen Mittel-Europas. Die Renaturierung der bayerischen Fließgewässer und Talauen muss gerade im Klimawandel daher verstärkt werden: Wiederherstellung natürlicher Flussdynamik durch Rücknahme von Ufer-Verbauungen, von Querbauwerken und von Hochwasserdämmen. Als einzige Tierart mit wasserrückhaltender Funktion sollte der Biber gefördert und seine Akzeptanz bei Landnutzern verbessert werden. Ein weiterer Ausbau der Wasserkraft ist abzulehnen. Die Renaturierung unserer Flüsse hat oberste Priorität, alle noch frei fließenden Fließstrecken sind zu erhalten, insbesondere die Donau zwischen Straubing und Vilshofen und die Salzach.

Mobilität durch ein attraktives Bayernnetz für Bahn und Bus fördern und Prestigeprojekte im Straßenbau, Flugverkehr sowie den Transrapid ablehnen

Mobilitätschancen für alle durch ein attraktives Angebot mit Bahn und Bus auch im ländlichen Raum sowie die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene erfordern ein modernes Bayernnetz im öffentlichen Verkehr. Die Straßenbauverwaltungen sind in Verkehrsverwaltungen für eine ganzheitliche Planung im gesamten Bereich des Bahn-, Bus-, Rad- und Fußverkehrs sowie der Güterlogistik umzuwandeln. Bei der Novellierung des Bundesverkehrswegeplans und des bayerischen Staatsstraßenplans sind alle neuen Straßenprojekte zugunsten des Substanzerhaltes des bestehenden Straßennetzes und im Ausnahmefall Ortsumfahrungen nach Einzelfallprüfung zu streichen. Tempolimit und Einführung des 3-Liter-Autos sind überfällig. Die Transrapidplanung zwischen München und München

Flughafen ist durch den Bau einer Express-S-Bahn und innovative Bahn- und Stadtbahnprojekte zum Nutzen aller Regionen Bayerns zu ersetzen. Auch bei der geplanten ICE-Neubaustrecke Nürnberg-Berlin ist es noch nicht zu spät, die Milliarden Euro sparenden und Natur schonenden Schienausbaukonzepte zu verwirklichen.

Erhaltung der freifliessenden Donau

Die Verbesserung des Hochwasserschutzes und der Schifffahrt auf der Donau darf nur durch flussbauliche Maßnahmen ohne neue Staustufen erfolgen. Der Bund Naturschutz fordert damit die Einhaltung des Bundestagsbeschlusses von 2002. Angesichts der Folgen des Klimawandels ist die ökologische Qualität der Donau zu erhalten. Durch einen ökologischen Hochwasserschutz können die Grund- bzw. Trinkwasservorräte in der Donauaue und die ökologische Qualität des Flussabschnitts durch Zurücknahme von Verbauungen und Anbindung von Altarmen noch verbessert werden. Auch nach der neuen europäischen Wasserrahmenrichtlinie ist der gute Zustand der Donau zu erhalten. Ein Staustufenausbau wäre auch mit europäischem Naturschutzrecht nicht vereinbar. Insgesamt sind über 9.000 ha an der Donau und an der Isarmündung zwischen Straubing und Vilshofen als Natura-2000-Gebiete ausgewiesen. Die vom BN vorgeschlagenen flussbaulichen Alternativen integrieren am besten die Belange des Naturschutzes, der Schifffahrt und die Belange der Bevölkerung vor Ort.

Kosten sparen durch Förderung dezentraler Technologien

Der Bund Naturschutz sieht auch das Erfordernis der weiteren Haushaltskonsolidierung. Um diese Ziel zu erreichen ist notwendiger denn je, statt zentraler Ver- und Entsorgungsstrukturen und staatlicher Infrastrukturprojekte angepasste, dezentrale Technologien und kleinräumige Infrastrukturmaßnahmen mit Vorrang des Bestandserhaltes zu finanzieren. Im Verkehrsbereich werden von Seiten des Bund Naturschutz seit Jahren Milliarden Euro sparende Alternativen zu Großprojekten sei es im Straßenbau, im Bereich der Streckenführung von ICE-Hochgeschwindigkeitstrassen oder der Transrapidverbindung zwischen München Hauptbahnhof und Flughafen vorgeschlagen. Auch im Bereich der Wasserwirtschaft sollten vorrangig die Erhaltung und Qualitätsverbesserung kommunaler Trinkwassergewinnungsanlagen statt zentraler Fernwasserversorgungskonzepte gefördert werden. Ähnliches gilt im Bereich der Abwasserwirtschaft sowie der Energieversorgung.

Chancen Bayerns für eine zukunftsfähige Entwicklung

Bayern hat außerordentliche Chancen, tatsächlich den Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung umzusetzen. Bayern hat den höchsten Anteil von Menschen, die sich in Naturschutz- und Umweltschutzverbänden engagieren (> 10% der Bevölkerung). Allein der Bund Naturschutz hat über 171.000 Mitglieder und Förderer. Bayern ist z.B. pro Einwohner weltweit führend in der Anwendung der privaten Photovoltaik und Warmwassersolaranlagen. Es besteht ein hoher Anteil wertkonservativer Bürger, die dem Erhalt der Schöpfung ausgesprochen positiv gegenüberstehen.

Bayern hat eine hohe naturräumliche und kulturelle Vielfalt, ausgeprägte mittelständische Strukturen, dezentrale Siedlungsstrukturen und sehr hohe landschaftliche Qualitäten auch als Basis des Tourismus.

Bayern hat zudem viele gute Konzepte wie ABSP, Auenprogramm, Moorschutzprogramm, Bündnis zum Flächensparen. Defizitär ist dagegen die tatsächliche Umsetzung dieser Konzepte gerade im Konflikt mit anderen Nutzungsansprüchen.

Der Bund Naturschutz hofft, dass auch angesichts der dramatischen Herausforderung des Klimawandels der Natur- und Umweltschutz einen wesentlich höheren Stellenwert in der Staatsregierung einnehmen wird und Bayern nicht nur in ökonomischen Gesichtspunkten ein führendes Bundesland ist, sondern auch führend bei der konkreten Umsetzung des Natur- und Umweltschutzes wird!

Auswahl einiger essentieller Anregungen und Forderungen

Klimaschutz

- Vorbildliches staatliches Handeln durch Sanierung und energetische Optimierung der eigenen Liegenschaften durch mind. 50 Mio. € im Jahr statt wie geplant 35 Mio. €. mit klarer Zielsetzung z.B. 5% der staatlichen Liegenschaften werden pro Jahr saniert.
- Erfassung der bayr. KWK-Anlagen, **bayr. Förderoffensive und Zielsetzung Verdopplung der Stromerzeugung aus KWK bis 2020 in Bayern**, Einsatz für Bundesgesetz zur verpflichtenden Prüfung aller Liegenschaften über 1000m² auf Eignung für KWK
- **Bayerisches CO₂-Minderungsziel ab 2008 „-3 Prozent“** pro Jahr bis 2020
- In Anlehnung an die Praxis in Baden-Württemberg: **Anschubförderung für 10 regionale Energieagenturen (mind. eine Agentur je Regierungsbezirk mit 100.000 € für drei Jahre.**

Biodiversität

- Einsatz für **1. Nationalpark in Franken** im nördlichen Steigerwald
- Einsatz für **Grünes Band Europa** insb. Bayern/Tschechien
- Schutz der Biodiversität: **Imagekampagne für Wildtiere und Heimkehrer nach Bayern**: Biber, Luchs, Wolf, Bär. Beim Biber braucht es eine Versicherungslösung, deren Prämie vom Freistaat bezahlt wird.
- **Naturschutzfonds** darf nicht der bay. Landesbank zugeschlagen werden
- Rücknahme der Unterstützung für Veränderung der Natura-2000 Richtlinie auf EU-Ebene

Umweltbildung

- Der Bund Naturschutz begrüßt die geplante Aufstockung der Mittel zur Förderung für Umweltstationen im Haushaltsentwurf ab 2008 um 500.000 Euro auf derzeit 1.955.000 Euro.
- Unser Ziel: **in jedem Landkreis/kreisfreier Stadt eine Umweltstation** mit einem projektunabhängigen Grundfinanzierung
- **Gemeinschaftsinitiative Bayern für Arbeit und Umwelt** (unser Anliegen gemeinsam mit dem DGB)
- **Ökologischer Hochwasserschutz und Umsetzung des Auenprogramms**

Landnutzung

- Verbesserung der **Ökolandbauförderung** und Einsatz für **Stärkung der 2. Säule** durch Modulation bei der EU-Agrarförderung
- Klare Positionierung zur **Gentechnikfreiheit in Landwirtschaft und Landschaft, Verzicht auf weitere Freisetzungsversuche** auf staatlichen Flächen
- **Staatswald klimasicher machen und naturgemäß bewirtschaften**: Schutzwaldsanierungs- und Waldumbauprogramm finanziert durch geringere Gewinnabführung der Bay. Staatsforsten

Verkehr

- Donauausbau ohne Staustufen planungsreif machen
- Änderung in der Straßenbaupolitik: Ausbau vor Neubau und Verzicht auf neue Autobahn- und Schnellstraßenplanungen
- Neue Zukunftsbahnprojekte in Bayern: Stadt-Umlandbahnen in den Ballungsräumen Nürnberg-Fürth-Erlangen und Regio-S-Bahn in Augsburg (Arbeitsplätze werden auch bei Siemens durch Stadtbahnen, („light-rails“) und Nahverkehrssysteme geschaffen, die sie in die ganze Welt verkaufen und nicht durch vermeintliche high-tech ala Transrapid)

Energie

sh. Klimaschutzforderungen in eigenem Papier